

Informationen aus dem L a n d t a g

GRÜN.
KOMMT

Alles
Wird gut

bleibt
gesund



Liebe Freundinnen und Freunde,
die Corona-Pandemie hat alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche hart getroffen. Auch wenn die Infektionszahlen inzwischen deutlich zurückgegangen sind, ist das Virus nicht besiegt. Nach wie vor gibt es auch bei uns in NRW

Hotspots, wo Infektionen auftreten, Infektionsketten können noch nicht lückenlos nachvollzogen werden und noch immer ist unklar, wann es einen Impfstoff geben wird.

Unsere Arbeit im Landtag drehte sich in den vergangenen Monaten vor allem darum, wie die Menschen geschützt werden können. Den umfangreichen Beschränkungen folgte die Debatte um Lockerungen, bei denen Ministerpräsident Laschet forsch vorweg ging. Hier hat die Landesregierung viel Vertrauen insbesondere bei den Schulen verspielt: Kurzfristige Anweisungen, die teilweise am nächsten Tag wieder korrigiert wurden, haben den Beteiligten zu wenig Zeit zur Umsetzung gelassen und so zu Recht großen Unmut hervorgerufen. Auch in anderen Bereichen kündigte Ministerpräsident Laschet gern Lockerungen an, ohne zu sagen, wie die Voraussetzungen für den notwendigen Schutz geschaffen werden können.

Besonders hart spüren unsere Kommunen die Folgen der Krise. Es ist gut, dass der Bund auf die zahlreichen Hilferufe reagiert hat und einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft übernehmen und einen Teil der krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen kompensieren will. Eine Lösung für die Altschulden enthält das Konjunkturpaket des Bundes indes nicht. Nun muss die Landesregierung handeln - wir haben eine Lösung mit einem Altschuldenfonds vorgestellt. Zu den sozialen Folgen der Corona-Krise haben wir viele Initiativen eingebracht. Hier geht es uns um die Unterstützung von Familien, Menschen mit Behinderungen, Obdachlosen oder Betroffenen von häuslicher Gewalt. Auch der Schutz von Geflüchteten, die in Sammelunterkünften besonders großen Ansteckungsgefahren ausgesetzt sind, muss stärker im Fokus stehen.

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind unter anderem ein Sofortprogramm für die Installation von Photovoltaikanlagen auf Landesliegenschaft - das nutzt dem Klimaschutz und kurbelt die Wirtschaft an. Zudem stellen wir unseren Entwurf für ein Informationszugangsgesetz vor, mit dem der Zugang zu amtlichen Daten geregelt und mehr demokratische Beteiligung ermöglicht werden soll.

Monika Düker und Arndt Klocke

Fraktionsvorsitzende



EDITORIAL

Inhalt

Informationszugangsgesetz	----- 3
Große Anfrage «Wasser»	----- 3
Corona-Pandemie in NRW	----- 4
Pop-Up-Bike-Lanes	----- 6
Klimaschutz vor Ort	----- 6
30 Jahre GRÜNE im Landtag	----- 7

INFORMATIONSZUGANGSGESETZ

TRANSPARENZ FÜR POLITISCHE TEILHABE

GROSSE ANFRAGE

UNSER GEWÄSSER BESSER SCHÜTZEN

NRW NEWS

Wir wollen das seit 20 Jahren bestehende Informationsfreiheitsgesetz NRW weiterentwickeln. Unser Anliegen ist es, endlich die Vorzüge der Digitalisierung für mehr Transparenz und mehr politische Teilhabe zu nutzen.

Wir wollen erreichen, dass Behörden aktiv die ihnen vorliegenden Daten online veröffentlichen und nicht erst auf Antrag. So verwandeln wir die Holschuld der Bürger*innen in eine Bringschuld der Behörden. Bürger*innen, die sich informieren wollen, sollen nicht länger Antragsformulare ausfüllen und Wochen warten. Ohne weitere Hürden sollen Informationen und Daten im Netz von einer zentralen Stelle aus strukturiert und maschinenlesbar abrufbar sein.

Wir wollen, dass sich die Menschen im Sinne des Open-Data-Prinzips möglichst vollständig informieren können, über Straßen- und Radverkehrsflächen genauso wie über die Hintergründe der Räumung des Hambacher Waldes. Auch Statistik- und Geodaten sollen leicht zugänglich sein und weiterverwertet werden können.

Datenschutz ist dabei für uns zentral: Personenbezogene Daten oder solche, die die öffentliche Sicherheit gefährden, sollen nicht veröffentlicht werden. Auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sollen weiterhin geschützt werden.

Demokratie lebt vom Mitmachen, von Offenheit und Information sowie ganz besonders vom Vertrauen der Bürger*innen in die politischen Institutionen. Mit mehr Transparenz wollen wir dieses Vertrauen stärken. Nur wer informiert ist, kann mitreden und fundiert mitentscheiden. Wir wollen ein faires Gleichgewicht zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik schaffen. Derzeit liegt der Gesetzesentwurf, den wir im März eingebracht haben, im federführenden Innenausschuss. Voraussichtlich nach der Sommerpause wird es dazu eine Sachverständigen-Anhörung geben.

Der Entwurf ist Teil des Maßnahmenpakets, das wir in der Fraktion beschlossen haben und das wir im Rahmen einer Transparenzoffensive in den Landtag einbringen wollen. Wir fordern darin unter anderem ein Lobbyregister beim Landtag, einen legislativen Fußabdruck und besseren Whistleblower-Schutz.

Matthi.Bolte@landtag.nrw.de,
Sprecher für Digitalisierung

Sauberes Wasser in ausreichender Menge ist die Grundlage des Lebens auf unserem Planeten und verdient daher besonderen Schutz. Die Antwort auf unsere Große Anfrage „Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen“ zeigt allerdings, dass die Qualität unseres Wassers in hohem Maße durch Nitrat, Pestizide, Chemikalien, Mikroplastik und auch Medikamentenrückstände beeinträchtigt wird. Der Klimawandel verschärft die Situation zusätzlich und lässt die Ressource Wasser knapper werden. Dass diese Ressource endlich sein kann, verdeutlicht die äußerst negative Entwicklung der jährlichen Grundwasserneubildungsrate. Das Alarmierende: In allen Regionen NRWs ist über die letzten Jahrzehnte ein deutlicher Rückgang der Neubildungsrate erkennbar. Eingriffe in den Grundwasserhaushalt müssen daher konsequenter und nachhaltiger gemanagt werden. Dazu zählt zum Beispiel eine Entsiegelung von Flächen, damit Regenwasser besser versickern kann. Die schwarz-gelbe Politik steht dem entgegen. So heizt die Novellierung des Landesentwicklungsplans den Flächenverbrauch zusätzlich an, indem auf jedes Ziel der Flächeneinsparung verzichtet wurde.

Die Antworten auf unsere Große Anfrage machen auch deutlich, dass Schwarz-Gelb nicht genug unternimmt, um unser Wasser vor Verunreinigungen zu schützen. Neben der viel diskutierten Belastung durch Nitrat zeigt sich die Landesregierung auch beim übermäßigen Einsatz von Pestiziden planlos. Hier braucht es eine Erfassung der aufgebrauchten Pflanzenschutzmittel, eine ambitionierte Reduktions-Strategie und eine Beteiligung der Hersteller an den Kosten der Wasseraufbereitung. Vor dem Hintergrund des Gewässerschutzes, aber auch mit Blick auf das Artensterben, sollte es der Landesregierung ein Anliegen sein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wirksam zu reduzieren. Die Landesregierung hat angekündigt, das Landeswassergesetz novellieren zu wollen. Wir haben sie in einem Antrag aufgefordert, alle Facetten der Belastungen und der sich ergebenden Nutzerinteressen in den Blick zu nehmen. Angesichts der immensen Herausforderungen ist Handeln gefordert und ein weitsichtiges und nachhaltiges Wassermanagement unverzüglich zu starten.

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,
Sprecher für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Die Menschen im Blick

DEN SOZIALEN FOLGEN DER KRISE BEGEGNEN

Die Corona-Krise trifft alle gesellschaftlichen Bereiche mit voller Wucht und könnte auch eine Krise der sozialen Gerechtigkeit werden. Denn sie verstärkt die bereits bestehenden Missstände, weil die Bedürfnisse einiger gesellschaftlicher Gruppen aus dem Blick geraten. Diejenigen, die bisher am meisten unter der Krise gelitten haben, müssen jetzt besonders unterstützt werden. Wir bringen die Perspektive dieser Menschen deutlich in die Debatte ein. Und auch die Städte und Gemeinden haben mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen.

**CORONA
PANDEMIE**

Die Kommunen benötigen daher einen Schutzschirm, um die kommunale Handlungsfähigkeit weiter garantieren zu können. Keinesfalls darf die Leistungsfähigkeit von Gesundheitsämtern, Krisenstäben, aber auch der sonstigen Beratung und Versorgung aufgrund finanzieller Engpässe oder haushaltsrechtlicher Einschränkungen in Gefahr geraten.

Über das vom Bund vorgelegte Konjunkturpaket erhalten die Städte und Gemeinden - mit der angekündigten Gewerbesteuerkompensation und der Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft - voraussichtlich wieder finanziellen Spielraum, um die massiven Einbußen der letzten Jahre in den Haushalten in den Griff zu bekommen. Trotzdem fehlt immer noch eine Perspektive bei der Lösung der Altschuldenproblematik. Wir haben dem Landtag ein Entschuldungskonzept für die Kommunen vorgelegt, nun ist die Landesregierung gefordert. Wenn sie jetzt nicht handeln, brechen CDU und FDP eindeutig ein klares Versprechen. Denn nur leistungsfähige Kommunen können sich um die Menschen kümmern, die Unterstützung brauchen.

BILDUNGUNGERECHTIGKEIT VERSCHÄRFT SICH

So sind etwa Familien mit Kindern von der Corona-Krise besonders betroffen. Ihr Umfeld, ihre Alltagsstruktur hat sich durch den Wegfall von der Kinderbetreuung in den Kitas oder bei Tageseltern und durch die Schulschließungen dramatisch verändert. Kinder und Jugendliche haben wochenlang keinen oder nur eingeschränkten Kontakt zu Gleichaltrigen gehabt und ihre Bezugspersonen außerhalb der Familie nicht sehen können. Die Eltern müssen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und -beschulung und Hausarbeit unter einen Hut bringen. Wie gut die Kinder und

Jugendlichen mit dieser schwierigen Situation langfristig umgehen, hängt maßgeblich von der Situation ihrer Eltern ab und wie diese ihre Kinder unterstützen können.

Weil die Krise die bereits bestehende Bildungsungerechtigkeit verschärft, müssen Kinder aus schwierigen Verhältnissen vorrangig berücksichtigt werden. Dazu gehören solche aus einkommensschwachen Familien, sozial schwierigen Verhältnissen und Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ebenso wie geflüchtete Kinder. Wir haben deshalb unter dem Titel „Bunter Bildungssommer“ beantragt, spezielle Ferienangebote zu fördern, die ganzheitlich den Anschluss an das Lernen unterstützen können. Die Öffnungen nach den Ferien müssen dann mit einem klaren Konzept und nicht zuletzt einer Teststrategie hinterlegt sein.

ROLLE RÜCKWÄRTS BEI DER GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Der Wegfall der Kinderbetreuung in den vergangenen Wochen ging überwiegend zulasten von Frauen. Sie waren es, die die Betreuung und die Beschulung der Kinder übernommen und sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben. Das geht aus Studien des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Uni Mannheim hervor. Und so ist die Lebens- und Arbeitszufriedenheit von Frauen kurz nach Schließung der Schulen und Kitas deutlich stärker eingebrochen als die der Männer. Gleichzeitig halten Frauen als unterbezahlte Pflegerinnen, Supermarktmitarbeiterinnen oder Erzieherinnen „den Laden am Laufen“. Besonders hart trifft die Krise aber Frauen, die sich in Notsituationen befinden. Nicht für alle Frauen und Kinder sind die eigenen vier Wände in der aktuellen Situation ein sicherer Rückzugsort. Physische Isolation, Angst um Gesundheit und Job, aber auch



die räumliche Enge, in der Familien gerade viel Zeit verbringen, können zu mehr häuslicher Gewalt führen. Für eine grundsätzlich gerechtere Mittelverteilung kann Gender Budgeting sorgen.

MENSCHEN IN PREKÄREN LEBENSLAGEN

Die Corona-Infektionen in den Landesunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete in Euskirchen, Bonn, Bielefeld und St. Augustin haben gezeigt, dass effektiver Gesundheitsschutz dort besonders schwierig ist, wo sich Menschen Mehrbettzimmer und Sanitäranlagen teilen und in Großkantinen essen müssen. Die langfristige Unterbringung in Masseneinrichtungen stand schon vor der Krise einer schnellen Integration und dem Recht auf Teilhabe im Weg. Eine schnelle Zuweisung in die Kommunen und die Unterstützung der Städte und Gemeinden durch eine Erhöhung der Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz ist nun noch dringender notwendig.

Dass schlechte Wohn- und Arbeitsverhältnisse buchstäblich krank machen, wurde am Ausbruch von Corona-Infektionen auf verschiedenen Schlachthöfen in NRW deutlich. Die Fleisch- und Schlachtindustrie ist in den letzten Jahren immer wieder aufgrund prekärer Arbeits- und Wohnverhältnisse der oft aus Osteuropa stammenden Arbeitnehmer*innen in die Kritik geraten. Das Werksvertragswesen in der Fleischindustrie mit dem Modell der Sub- und Subsubunternehmer muss beendet und die Arbeitskontrollen verstärkt werden. Nur durch mehr Personal wird die Arbeitsschutzverwaltung sicherstellen können, dass Hygiene- und Gesundheitsstandards eingehalten werden. Auch die Arbeitgeber*innen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und mit einer Generalunternehmerhaftung für den Arbeitsschutz einstehen.

SOZIALE ISOLATION BEENDEN

Mit zunehmendem Alter und bestehenden Vorerkrankungen nimmt das Risiko für einen schweren Verlauf einer Covid-19-Erkrankung zu. Zum Schutz der Bewohner*innen galt deshalb in Altenpflegeheimen, aber auch in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, wochenlang ein vollständiges Besuchsverbot. Doch auch diese Situation kann negative Folgen für den Gesundheitszustand haben, denn soziale Kontakte haben eine große Bedeutung für das Aufrechterhalten von Gesundheit und Lebensqualität.

Es gilt deshalb, die Besuchsregelungen so zu erweitern, dass sie mit dem Gesundheits- und Infektionsschutz vereinbar sind, aber dennoch echte Begegnungen ermöglichen. Dies setzt mit Unterstützung des Landes und der Kommunen gute Konzepte, ausreichend Schutzmaterial und eine vom Land erarbeitete gezielte Teststrategie voraus, so dass Infektionen möglichst vermieden und zumindest rechtzeitig erkannt werden.

Damit die Corona-Krise nicht zu einer Krise der sozialen Gerechtigkeit, müssen diejenigen, die bisher am meisten unter der Krise gelitten haben, besonders unterstützt werden. Nur mit einer umfassenden Politik der Teilhabe ALLER gesellschaftlichen Gruppen – bei gleichzeitigem Infektionsschutz – wird ein sozial gerechter Weg aus der Krise führen.

Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de,
Sprecher für Kommunal- und Sozialpolitik

Josefine.Paul@landtag.nrw.de,

Sprecherin für Frauen-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

NEUE WEGE FÜRS FAHRRAD

POP-UP-BIKE-LANES



Die Corona-Krise verändert auch die Mobilität in NRW. Deutlich mehr Menschen nutzten in diesem Frühjahr das Fahrrad für ihre täglichen Wege, dagegen waren deutlich weniger Autos unterwegs, und Busse und Bahnen blieben leer. In vielen Städten wurde der ohnehin schon knappe Raum für Radfahrerinnen und Radfahrer noch enger, vor Ampeln konnten kaum die notwendigen Sicherheitsabstände eingehalten werden.

Berlin hat als erste Stadt in Deutschland darauf reagiert und sogenannte Pop-Up-Bike-Lanes, also temporäre Radwege, auf Autofahrspuren eingerichtet. Wir GRÜNE setzen uns für diese Maßnahme auch in den Städten in NRW ein, aber vor allem die kommunalen Verwaltungen reagieren abwehrend auf entsprechende kommunalpolitische Initiativen vor Ort. Häufig werden rechtliche Bedenken vorgeschoben, die aber unberechtigt sind, wie wir von CDU-Verkehrsminister Wüst auf Nachfrage erfahren haben. Dabei sind die Pop-Up-Bike-Lanes schnell und ohne größeren Aufwand herzustellen und schaffen sofort mehr Platz und Sicherheit für den Radverkehr, ohne dass es aufgrund des zurückgehenden Autoverkehrs zu Staus kommt. Mittlerweile fanden in mehreren großen Städten in NRW Kundgebungen von Umweltorganisationen und GRÜNEN mit selbsteingesetzten Pop-Up Bikelandes statt, bei der öffentlichkeitswirksam und kreativ für mehr Raum im Verkehr demonstriert wurde.

In Berlin werden die Pop-Up-Bike-Lanes sehr gut angenommen und sorgen mit fast zehn Kilometer Länge spürbar für Entlastung und mehr Sicherheit. Verkehrsminister Hendrik Wüst hingegen sieht keinen Anlass, in Corona-Zeiten mehr Platz für Radfahrerinnen und Radfahrer auf den Straßen in NRW zu schaffen. Während sonst im öffentlichen Raum mindestens 1,50 Meter Abstand gehalten werden soll, gilt das offensichtlich nicht für die viel zu engen Radwege. Selbst in Zeiten, in denen der Autoverkehr zwischenzeitlich auf ein Viertel zurückgegangen ist, darf kein Meter Fahrspur für den Radverkehr umgewidmet werden. Auch wenn der Verkehrsminister sich gerne verbal mit der Radverkehrsförderung schmückt, in der Praxis genießt nach wie vor der ungehinderte Autoverkehr höchste Priorität in der schwarz-gelben Landesregierung.

Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
Sprecher für Verkehrspolitik

SOFORTPROGRAMM

KONJUNKTUR STÜTZEN - KLIMA SCHÜTZEN



Um die NRW-Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig das Klima zu schonen, fordern wir die Landesregierung auf, ein Sofortprogramm für Landesverwaltung und Kommunen zu starten. Unsere Wirtschaft wird Jahre benötigen, um sich von der Corona-Krise zu erholen. Daher ist auch das Land gefragt, zügig Maßnahmen zur konjunkturellen Belebung umzusetzen. Dabei müssen Konjunktur- und Klimapolitik Hand in Hand gehen. Das Land kann dabei zeitnah vor der eigenen Haustür beginnen. Denn unsere Landesverwaltung, aber auch unsere Kommunen verfügen über kurzfristig zu hebende Potenziale. Um das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 zu erreichen, müssen wir beim Klimaschutz deutlich mehr Tempo machen als bisher.

Finanzämter, Justizvollzugsanstalten, Hochschulen: Das Land nutzt mehr als 4.000 Gebäude, die größtenteils dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) gehören. Wir fordern, dass die Landesregierung ein Sofortprogramm zur flächendeckenden Installation von Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten Dachflächen von Landesliegenschaften und zur energetischen Sanierung auflegt. Das wäre zudem ein spürbarer Wachstumsimpuls für die NRW-Bauwirtschaft und die Solarbranche.

Um die Kommunen zu unterstützen, fordern wir zum einen die Umsetzung unseres Investitionsprogramms „GutesKlima2030“. Zum anderen fordern wir die Landesregierung auf, dauerhaft höhere Investitionen der Kommunen in den Nahverkehr und in Radwege in die Wege zu leiten. Darüber hinaus können mit einem Programm zur Modernisierung der Fuhrparks der öffentlichen Hand weitere Konjunkturimpulse gesetzt und positive Klimaeffekte erzielt werden.

Die Krise hat gezeigt, dass viele Bürotätigkeiten auch aus dem Homeoffice erledigt werden können. Viele öffentliche Verwaltungen sind darauf jedoch bislang vollkommen unzureichend vorbereitet. Die Landesregierung sollte daher ein landesweites Beschaffungsprogramm zur Einrichtung DIN-gerechter Heimarbeitsplätze für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes anbieten und so die öffentliche Verwaltung endlich ins 21. Jahrhundert holen.

Wibke.Brems@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Energie und Klimaschutz

30 JAHRE GRÜNE IM LANDTAG NRW

Gekommen um zu bleiben



Am 13. Mai 1990 gelang uns GRÜNEN mit 5,0 Prozent zum ersten Mal der Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Seitdem sind wir aus dem NRW-Parlament nicht mehr wegzudenken und stolz auf das bisher von sieben Grünen Fraktionen Erreichte. Die ersten zwölf Grünen Abgeordneten brachten zu ihrer ersten Plenarsitzung symbolisch Pflanzen mit – nach jahrelanger SPD-Alleinregierung begann die politische Begrünung unseres Bundeslandes. Fünf Jahre später verdoppelten wir unseren Stimmanteil und bildeten gemeinsam mit der SPD die erste rot-grüne Landesregierung. Erstmals wurden in Nordrhein-Westfalen zwei Ministerien von Grünen geleitet: Bärbel Höhn wurde Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und Michael Vesper verantwortete als Minister das Ressort für Bauen und Wohnen. Es folgten die zweite Regierungsbeteiligung und 2005 der Wechsel in die Opposition. Die Zeiten waren spannend und von großen Herausforderungen geprägt. 2010 betraten wir mit der SPD abermals Neuland und gingen eine Minderheitsregierung ein. Während der erneuten Regierungsbeteiligung ab 2012 haben wir mit 29 Abgeordneten die bisher größte Grüne Fraktion gebildet. Drei Ministerinnen und Minister stellten wir zu dieser Zeit: Sylvia Löhrmann, Barbara Steffens und Johannes Remmel. Seit Mai 2017 setzen wir uns als kritisch-konstruktive Opposition für die Interessen der Menschen zwischen Rhein und Weser und ein vielfältiges und zukunftsfähiges NRW ein.

In den vergangenen 30 Jahren ist Nordrhein-Westfalen auch durch unser Engagement deutlich grüner, die Politik im Land nachhaltiger und gerechter geworden. Wir haben gemeinsam viel erreicht – für mehr Bildungsgerechtigkeit, Bürgerrechte und Transparenz, höheren Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheits-

schutz, starke Kommunen, ein Umsteuern zu nachhaltiger Mobilität und Erneuerbaren Energien und verbindlichem Klimaschutz mit dem ersten Klimaschutzgesetz Deutschlands. Und selbstverständlich haben wir noch viel vor.

Nicht zuletzt auch bei der Bewältigung der Corona-Krise lenken wir den Blick auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft, eine gerechte Unterstützung und eine nachhaltige Förderung der Wirtschaft. Wir setzen uns für einen möglichst schnellen Kohleausstieg im Rheinischen Revier und den damit verbundenen Strukturwandel sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Denn die Bekämpfung der globalen Klimakrise bleibt bei uns oben auf der politischen Agenda. Wie schon 1990 treten wir klar für unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte, transparente Landespolitik und die auch heute so wichtige klare Abgrenzung nach rechts ein. Wie so viele Feiern ist auch unser 30. Fraktionsgeburtstag durch Corona anders ausgefallen als geplant. Wir freuen uns aber mit vielen alten und aktuellen Weggefährten in Videos in Erinnerungen schwelgen zu können, zu sehen auf unserem Videokanal: <https://www.youtube.com/user/grueneltnrw>

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Parlamentarische Geschäftsführerin

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.



IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Verena Schäffer MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2505
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



[GrueneFraktionNRW](https://www.facebook.com/GrueneFraktionNRW)



[@gruenefraknrw](https://twitter.com/@gruenefraknrw)



[gruene_fraktion_nrw](https://www.instagram.com/gruene_fraktion_nrw)

Redaktion:
Iren Gabriel
Jennifer Hüttenhölcher

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 1: Jennifer Hüttenhölcher@GRÜNE im Landtag - S. 2, 3r, 6r, 7: Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag - S. 3l: Jörn Neumann@flickr - S. 5: Georg Schumacher@GRÜNE im Landtag - S. 6l: Fabian Deter@wikipedia commons - S. 7: Bernd Schälte@Landtag NRW; GRÜNE im Landtag; Max Brunnert

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Tobias Koch, Laurens Lange, Julian Schönbeck, Cornelia Schröder, Bettina Tull, Anna von Spiczak,
Stand: Juni 2020

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.